

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtnerel-Arbeiter (vorm. Allg. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährl. durch die Post
5 M., unt. Streifband 6,50 M.
Erscheint wöchentlich Sonnabends

**Schriftleitung und
Versand:**
Berlin S 42, Luisenauer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Anzeigen erscheinen nur in dem vierzehntäglich
erscheinenden „Gärtnerel-Fachblatt“.
Die Anzeigen-Annahme befindet sich: Berlin S 42,
Luisenauer 1 :: Beilagen nach vorheriger Anfrage.

In der Zeit vom 4. Juli bis 10. Juli ist der Beitrag für die 27. Woche fällig.

Nachklänge zur Reichstagswahl.

Drei Wochen liegen nunmehr bereits hinter der ersten entscheidenden Belastungsprobe unserer jungen Republik und das große Rätselraten über die künftige Regierung hat endlich seine Lösung gefunden: Eine Regierung der Mitte mit starkem Einschlag nach rechts. Noch ist zwar nichts an den Grundpfeilern unserer neuen Staatsform erschüttert, aber es heißt gut Wacht halten, daß sie nicht heimlich untergraben werden, um uns dann beim plötzlichen Zusammenbruch mit in die Tiefe zu reißen, ein Menschenalter des Kampfes um Befreiung und Aufstieg unter sich begrabend.

Auf dem Schlachtfeld des Wahlkampfes liegen naturgemäß die Träger der bisherigen Regierungspolitik, die die ebenso schwere wie undankbare Aufgabe übernommen hatten, trotz des harten Druckes der Sieger aus dem Erbe der Ludendorffschen Gewaltpolitik ein neues Deutschland zu zimmern. Sie sind zwischen den Stürmern und Bremsern zerrieben worden. Eine Sturmflut von Schmähungen ergoß sich über sie, mit der man seine eigenen Sünden zu verschleiern versuchte und unter der Wucht der Versprechungen ist ein neues Parlament aus Feuer und Wasser emporgestiegen, das voraussichtlich nie die vorhandenen Gegensätze mildern und daher vielleicht auch nicht von allzulanger Dauer sein wird. Aber des Lebens ungemischte Freude wird keinem Sterblichen zu teil und so werden auch die Sieger ihres Erfolges nicht so recht froh. Sie, die bisher aus der bequemen Oppositionsstellung heraus nur von den Fehlern und allzumenschlichen Schwächen ihrer Gegner lebten, sollen nunmehr den Beweis ihres besseren Könnens erbringen; aber gerade hier zeigt sich auch ihre schwache Seite. Geradezu kläglich hört sich das Gewimmer der Rechtsparteien nach der Mithilfe der Sozialdemokratie an und es zeigt sich, daß man die „korrumpierte Schieberregierung“ auch mit etwas anderen Augen betrachten kann, wenn man selbst mitspielen darf oder muß. Kann man es unter diesen Umständen der sozialdemokratischen Partei verdenken, wenn sie Leuten ihre Mithilfe verweigert, die noch vor kurzem schrieben: „Von den roten Ketten macht uns frei nur die Deutsche Volkspartei“ und jetzt über mangelhaftes Verständnis, Dogmatismus usw. kreischen. Sie sollen es ruhig einmal selbst versuchen, gegen die Massen der Arbeiterschaft und das Diktat der Entente zu regieren, dessen eigentliche Urheber sie sind. Nur das große Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volksganzen war es ja gerade, das die sozialdemokratische Partei veranlaßte, die seinerzeit auf dem Boden schleifenden Zügel der Regierung zu ergreifen, als die bisher Herrschenden geflohen waren und nur unter Vertagung sozialistischer Grundsätze war es ihr möglich, gegen den Widerstand der reaktionären Parteien das durchzusetzen, was vor 10 Jahren noch als ein großer Erfolg unserer Weltanschauung gefeiert worden wäre, heute aber als veraltete Überbleibsel der demokratischen Rumpelkammer bezeichnet wird.

Das ist die schwere Tragik der deutschen Arbeiterbewegung, die mit der Spaltung begann und durch einen Sumpf von Kot im Bruderkrieg endete, statt die im Menschlichen und den überaus traurigen Verhältnissen der Nachkriegszeit begründeten Fehler endlich zu vergessen und eine Einheitsfront gegen rechts zu schaffen, um so auf dem rauhen Boden der Wirklichkeit in zähem Ringen unser Ziel auf Gleichberechtigung des arbeitenden Proletariats und Aufstieg der Menschheit zu einer neuen harmonischen Gesellschaftsform zu erreichen. Durch diesen Zwiespalt, diese

Schwächung, ist die Reaktion von selbst erstarkt und ihre Niederung wird umso schwerer werden, je länger die Unabhängige Partei sich weigert, von der ihr in den Schoß gefallenen Macht den richtigen Gebrauch zu machen, den schon Bebel im Auge hatte, als er sagte, daß man nur solange in der Opposition stehen dürfe, als man sich zu anderem nicht stark genug fühle. Wie lange will man diesen Zeitpunkt noch künstlich hinausschieben, warum will man die eben im Anfang der Aufrischung begriffene Verwaltung wieder den verropften Bürokraten in die Hände spielen, die an sich schon rechts orientierte Reichswehr wieder zu einem willenlosen Werkzeug der Volksknechtung machen? Weil man auch ganz links die Verantwortung scheut und einsehen gelernt hat, daß es viel leichter ist, bombastische Versprechungen zu machen, als sie zu erfüllen. Wir sollen aber nicht auf Augenblickserfolge pochen und hypnotisiert auf das Wunder der Weltrevolution warten, sondern praktische Gegenwarts- und Zukunftsarbeit treiben. Schutz dem wirtschaftlich Schwachen muß die Losung sein, der jetzt übliche Ton in der Arbeiterpresse muß verschwinden, dann wird es auch möglich sein, den Richtungsstreit zu überbrücken. Wir brauchen positive Leistungen, die bei dauerndem Verharren in der unfruchtbaren Opposition unmöglich sind; weil es eine alte Binsenwahrheit der Weltgeschichte ist, daß man die Massen nicht künstlich in einer dauernden revolutionären Hochspannung erhalten kann, sondern daß infolge des natürlichen Ruhebedürfnisses eine Lauheit um sich greift, die sich in der Opposition tot läuft. Noch keine Revolution hat sofort neue Formen, neue Anschauungen geschaffen, sondern immer nur die Schranken niedergeworfen, die einer Fortentwicklung bis dato hinderlich waren. Alles andere ist stets und immer auf dem Wege der Evolution geschaffen worden. In dieser Erkenntnis liegt unsere Zukunftshoffnung und die Aufgabe der Gewerkschaften wird es sein, abseits vom politischen Kampfplatz den wirtschaftlichen Sieg unserer Ideen vorzubereiten und durchzuführen. Dazu bedürfen wir reger Agitation, um die Reihen der Kämpfer aufzufüllen, unermüdlicher Aufklärung, um die ungeübten Massen für den Kampf auszubilden und kluger Führer, die unbeeirrt von dem Alltagsgetriebe und frei von überlebten Formen der Gewerkschaftsmaschinerie ihr Ziel klar vor Augen haben. Verbannen wir den Egoismus aus unseren eigenen Reihen und sozialisieren wir die Geister, dann wird alles gut werden. W. R.

Warum höhere Beiträge?

Diese Frage zu stellen und sie zu beantworten, sollte eigentlich überflüssig sein. Denn es müßte doch wohl als eine Selbstverständlichkeit empfunden werden, daß bei der allgemeinen und gewaltigen Steigerung aller Preise infolge unserer Geldentwertung auch unsere Gewerkschaftsbeiträge mindestens in demselben Verhältnis steigen müßten, sollte man meinen. Doch tritt es täglich deutlicher in die Erscheinung, daß dem leider nicht so ist, daß leider auch von vielen unserer Kollegen und Kolleginnen beim Nehmen wohl die gewaltige Steigerung zu berücksichtigen verlangt, aber beim Geben der gleiche Maßstab nicht angelegt wird.

Und doch ist's anders nicht zu machen. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind doch nicht zu vergleichen etwa mit den kapitalistischen Versicherungsinstituten, die mit den vereinnahmten Geldern derartige Wuchergeschäfte treiben, daß ungeheure Mehrwerte entstehen. Die Gewerkschaften stellen nicht einmal Produktionsstätten dar, wie z. B. manche Genossenschaften, in denen jedenfalls Mehrwerte, wenn auch in bescheidenem Umfange, geschaffen werden, sondern die Kassengeschäfte der Gewerkschaften bestehen lediglich darin, die durch die Beiträge

aufgebrachten Gelder zu sammeln, davon die durch die Geschäftsführung erforderlichen Ausgaben zu bestreiten und im übrigen die Gelder nach dorthin zu verteilen, wo sie gemäß unserer gewerkschaftlichen Aufgaben erforderlich werden. So im besonderen bei Lohnbewegungen, Maßregelungen und Streiks. Wir müssen also die zur Geschäftsführung sowie zur Führung unserer gewerkschaftlichen Kämpfe erforderlichen Mittel selbst durch unsere Beiträge aufbringen. Andere Einnahmequellen stehen der Gewerkschaft nicht zur Verfügung.

Nun ist es aber selbstverständlich, daß die Geschäftsführung einer Gewerkschaft nicht billiger sein kann, als die eines kapitalistischen Betriebes, sondern sogar teurer sein muß, weil die Gewerkschaften verpflichtet sind, in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorbildlich zu wirken. Die sächlichen Unkosten sind für uns die gleichen und sind gewaltig gestiegen. Einige Beispiele mögen das zeigen.

Unsere Zeitung kostete uns:

im April 1914:	1 125,20 Mk.
" " 1919:	8 382,37 "
" " 1920:	13 293,50 "

also das zwölfwache, trotz ganz erheblicher Einschränkung des Umfangs und trotz schlechterem Papier. Eine Schreibmaschine, die in Friedenszeiten für 400—500 Mk. zu haben war, kostet uns jetzt 7000—11 000 Mk. Trotz möglicher Einschränkung und Sparsamkeit verausgabten wir in der Hauptverwaltung an Porto:

im April 1914:	76,14 Mk.
" " 1919:	207,58 "
" " 1920:	352,20 "

Denn auch dem Verbandsmitglied kostet jede Karte 30 Pfg. (früher 5 Pfg.), jeder Brief 40 bzw. 60 Pfg. (früher 10 bzw. 20 Pfg.). Auch haben wir keine Ermäßigung bei Eisenbahnfahrten, sondern müssen ebenfalls das fünffache der Friedenspreise zahlen, was auch deshalb auf unsere Finanzen besonders stark einwirkt, weil unsere Angestellten heute mehr reisen müssen als früher, um bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und vor den Schlichtungsausschüssen, die Interessen der Kollegenschaft zu vertreten.

Und unsere Kämpfe? — Sie sind zahlreicher, umfangreicher und schwerer geworden, erfordern also schon deshalb an sich größere Mittel. Hinzu kommt die Preissteigerung auf allen Gebieten, weshalb es unbedingt erforderlich ist, ebenfalls höhere Streikunterstützungen zu zahlen. Um das aber zu können, bedarf es doch wohl auch entsprechend höherer Einnahmen, also höherer Beiträge. Wir meinen, das ist so folgerichtig wie nur irgend etwas. Es ist ein Unding, von der Gewerkschaft höhere Leistungen zu verlangen, wenn man ihr nicht die Möglichkeit dazu gibt. Drum, du „Mann mit zugeknöpften Taschen, wenn du nehmen willst, so gib!“ —

Nun ist die Frage zu stellen, wieviel ist zu geben, wie hoch hat der Beitrag zu sein? Darauf ist zu antworten: Willst du, daß deine Gewerkschaft verhältnismäßig das Gleiche leistet wie vor dem Kriege, dann mußt du auch das Gleiche an Beitrag leisten wie damals; das war damals ein Stundenlohn mindestens, viele Kollegen zahlten einen höheren Beitrag, als ihr Stundenlohn betrug. Willst du aber, daß mehr geleistet werden soll (und ich meine, es muß mehr geleistet werden), dann mußt auch du mehr leisten.

Doch wir wollen uns einigen, wollen uns auf einer mittleren Linie zusammenfinden. Lassen wir es zunächst bei einem Beitrag gleich einem Stundenlohn für diejenigen, die erträgliche Lohnverhältnisse haben, es mögen sogar die Kollegen mit schlechten Lohnbedingungen nur 75 % ihres Stundenlohnes zahlen. Laßt uns dann aber alle mit allen Kräften dahin wirken, daß wir endlich alle Arbeitnehmer des Gartenbaues erfassen, um so den notwendigen Ausgleich zu schaffen. A. L.

Zur Generalversammlung. Anschluß oder Nichtanschluß.

I.

In Nr. 24 unserer Zeitung wird zuerst vom Kollegen Hellbusch und danach vom Kollegen Huhnholz für und gegen den Anschluß an den Landarbeiterverband Stellung genommen. Ich gebe ganz unumwunden zu, daß diese Frage wohl die wichtigste auf der Generalversammlung sein wird. Es muß aber auch einmal ohne Umschweife gesagt werden, daß wir, um lebensfähig zu bleiben, Anschluß an einen größeren Verband suchen müssen und da kommt wohl ohne Zweifel nur der Landarbeiterverband in Frage. Ich halte es allerdings für ganz selbstredend, daß unsere Selbständigkeit dabei gewahrt bleibt. Das geht auch sehr gut durchzuführen, wofür die „Christen“ ein Beispiel liefern, ohne daß ein großer Prozentsatz ihrer Mitglieder weiß, daß der sogenannte „nationale Gärtner-Verband“ eben auch nur ein Teil des christlichen Landarbeiterverbandes ist. Wäre der Anschluß unseres Verbandes an den Landarbeiter-

verband gleich nach der Revolution im November 1918 erfolgt, wo wir, infolge der Einberufungen zum Heeresdienst auf nur wenige hundert Mitglieder zusammengeschmolzen waren, dann wären wohl Meinungsverschiedenheiten dieser Art, wie sie jetzt herrschen, kaum entstanden und nur bei ganz vereinzelt hätte es Anstoß erregt. Wenn nun Kollege Huhnholz befürchtet, daß ganze Branchen unseres Berufes den Anschluß nicht mitmachen werden, so ist das zu schwarz gesehen, und wenn er meint, daß dadurch die Arbeitgeber glauben, in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen besser fahren zu können, so werden sie sich da sehr täuschen. Es werden z. B. hier in nächster Nähe Berlins zum weitaus größten Teile in der Landwirtschaft bessere Löhne gezahlt, wie sie in der Gärtnerei üblich sind, allerdings bei durchschnittlich neunstündiger Arbeitszeit. Dieser Umstand ist m. E. für die meisten Kollegen wohl der weitaus wichtigste Punkt, denn sie glauben, daß durch den Anschluß an den Landarbeiterverband eine Verminderung ihres Einkommens stattfindet. Dem möchte ich entgegenreten und an der Hand folgender Zahlen meine Angaben beweisen. Ich spreche dabei von hiesigen Verhältnissen und glaube, daß sie sich in anderen Gegenden ähneln.

Das Jahreseinkommen eines Landarbeiters beträgt hier laut Tarif 6210 Mk., hierzu kommen für gelernte Kräfte 20 %, so daß sich also für Handwerker ein Einkommen von 7452 Mk. ergibt. Rechnet man nun den Wert der Deputate hinzu, so kommt aber eine ganz andere Zahl heraus. Die Landarbeiter erhalten hier folgendes:

72 Zentner Kartoffeln à 14 Mk.	= 1008 Mk.
24 Zentner Roggen à 30 Mk.	= 720 "
9 Meter Holz à 60 Mk.	= 540 "
32 Zentner Briketts à 15 Mk.	= 480 "
365 Liter Milch à 1,20 Mk.	= 438 "
Wohnung und Stall	= 300 "
20 Zentner Runkelrüben à 7 Mk.	= 140 "
4 Zentner Gerste à 30 Mk.	= 120 "
50 Pfund Erbsen à 1 Mk.	= 50 "
2 Zentner Hafer à 30 Mk.	= 60 "
1 Zentner Weizen à 34 Mk.	= 34 "
Elektrisches Licht und Garten (500 qm)	= 40 "

Sa. 3930 Mk.

2280 Mk.

Es bleiben demnach an Barlohn. Die Kollegen ersehen aus dieser Aufstellung, daß die Deputate hier äußerst niedrig angesetzt sind. Würde man sie nach den amtlich festgesetzten Preisen berechnen, so ergäbe das etwa folgendes Bild:

72 Zentner Kartoffeln à 30 Mk.	= 2160 Mk.
24 Zentner Roggen à 75 Mk.	= 1800 "
9 Meter Holz à 100 Mk. (mit Anfuhr)	= 900 "
32 Zentner Briketts à 17 Mk.	= 544 "
365 Liter Milch à 2 Mk.	= 730 "
Wohnung und Stall	= 500 "
20 Zentner Runkelrüben à 10 Mk.	= 200 "
4 Zentner Gerste à 75 Mk.	= 300 "
2 Zentner Hafer à 100 Mk.	= 200 "
50 Pfund Erbsen à 3 Mk.	= 150 "
1 Zentner Weizen à 100 Mk.	= 100 "
Elektrisches Licht und Garten	= 300 "

Sa. 7884 Mk.

Zu diesen 7884 Mk. Deputatwerten kommen dann der Barlohn der Landarbeiter in Höhe von 2280 Mk. und die 20 % Zuschlag für Handwerker, zu denen ja auch die gelernten Kräfte unseres Berufes zählen, in Höhe von 1242 Mk., so daß dann ein Gesamtverdienst von 11 306 Mk. herauskommt, der sich noch steigert, wenn man diese Naturalbezüge mit dem Wert ansetzt, den sie heute in sämtlichen Großstädten tatsächlich haben. Nur wenigen Kollegen wird es vergönnt sein, diesen Lohnsatz zu bekommen, die weitaus größte Zahl, ich schätze etwa 80 %, werden schlechter bezahlt. In dieser Hinsicht könnten sich also die Kollegen nur verbessern. Aber auch das muß gesagt werden. Unter unseren gelernten Kollegen herrscht noch ein so großer Dünkel, daß der bloße Name „Landarbeiterverband“ schon abstoßend wirkt. Und darum begrüße ich die Worte des Kollegen Fuchs in der Nr. 25 unserer Zeitung, die da lauten: „Deshalb, Kollegen, streifen wir den Kastengeist ab, soweit er uns noch anhaftet“ usw. Wir können heute schon von den Landarbeitern lernen, weil sie die Notwendigkeit einer straffen Organisation besser begriffen haben, wie wir. Sollte der Anschluß jetzt noch nicht kommen, so wird uns kostbare Zeit verloren gehen, die wir nie wieder einholen können. Muß es schon einmal sein, dann sofort, je eher desto besser.

H. Wendt, Hasenheide bei Bernau (Mark).

II.

In der Nr. 20 unserer Zeitung weist der Kollege Busch auf unsere Generalversammlung hin. Eine rege Debatte wird wohl der Punkt 2 der Tagesordnung, Anschluß an den Landarbeiterverband, hervorrufen. Gerade dabei wird es nötig sein, nicht

das Einzelne zu betrachten, sondern den Blick auf das Ganze zu wenden.

Für den Anschluß spricht in der Hauptsache die zu erwartende größere finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Verbandes und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses einzelner Verbände zur Erringung eines größeren Einflusses.

Betrachten wir nun aber einmal die Gründe, die gegen den Anschluß sprechen. Zurzeit haben wir noch nicht das einheitliche Arbeitsrecht, die Landarbeiter sind in vieler Hinsicht gegenüber den gewerblichen Arbeitern schlechter gestellt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter sind noch weit zurück und die rechtliche Lage unseres Berufes ist noch vollständig ungeklärt. Naturgemäß färben aber die rückständigen Verhältnisse einer Gruppe eines Verbandes auf die andere ab, erschweren zum mindesten unsere Kämpfe um bessere Verhältnisse.

Wir sehen also, daß doch ein gewisses Risiko bei dem Zusammenschluß ist, welches noch dadurch erhöht wird, daß in den Städten ein ganz Teil Kollegen, und nicht die schlechtesten, abzuweichen werden. Wir müssen deshalb zu dem Resultat kommen, daß der Anschluß abzulehnen, zum mindesten aber zurzeit verfrüht ist. Helfen kann uns aber für die Zukunft auch nicht der Zusammenschluß einzelner Verbände, sondern nur der Zusammenschluß sämtlicher freien Gewerkschaften zur Einheitsorganisation. Bis dahin kann noch einige Zeit vergehen und müssen wir deshalb versuchen, die für den Anschluß sprechenden Gründe zu entkräften.

Dazu gehört aber in erster Linie eine Neuregelung unseres Beitragswesens. Bisher hatten wir ein starres System und wir zögerten zu lange mit einer Erhöhung der Sätze. Dies muß für die Zukunft anders werden. Unsere Beiträge müssen sich den Stundenlöhnen anpassen und muß automatisch mit einer Veränderung der Löhne auch eine Anpassung der Staffeln eintreten. Dies wird sich durch Überdrücken der Marken leicht ermöglichen lassen. Der Anteil der Ortsverwaltung müßte ein gewisser Prozentsatz jeder Mark sein, der Rest gilt als Grundbeitrag, und gleichmäßig danach müßten sich die Unterstützungen richten. Die Streikunterstützung könnte vielleicht pro Woche das 20fache des Grundbeitrages, und, da wir einen Abbau der übrigen Unterstützungen herbeiführen müssen, um einen Ausgleich zu schaffen, letztere vielleicht 20—30 % niedriger als die heutigen Sätze sein. Hierdurch wird zwar das feste und gleichmäßige unseres Beitrags- und Unterstützungs Wesens verschwinden, aber wir erreichen, daß wir durch das stete Anpassen an die wirtschaftlichen Verhältnisse allen finanziellen Ansprüchen gerecht werden.

Nach dieser Richtung hin ergibt sich für unsere Generalversammlung ein reiches Tätigkeitsfeld und kann man nur hoffen, daß diese Frage so gelöst wird, daß die Mitglieder den Nutzen davon haben.

M. A. Tofte, Kiel.

Nachträglich eingesandte Anträge zur Generalversammlung.

Anträge zu Punkt 2.

94. Königsberg, Gauvorstand. Der Gauvorstand, mit Ausnahme des Gauleiters, beantragt die Ablehnung der Verschmelzung.
95. Vertrauensleute des Kohlenreviers (Essen). Die Frage des Anschlusses als noch nicht spruchreif von der Tagesordnung abzusetzen.

Zu Punkt 3.

96. Hannover. Die Fortentwicklung der gärtnerischen Rechtsfrage ist besonders zu beschleunigen unter nachdrücklichster Ablehnung der einseitigen und nicht verständlichen Bestrebungen der Landwirtschaftskammern.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, unter Anrufung der Hilfe des A. D. G. B. in energischer Weise bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um eine schnellere Lösung der Frage herbeizuführen.

Zu Punkt 5c.

97. Hannover. In Zukunft ist die Beschickung der G.-V. durch die Gauleiter so zu regeln, daß entweder alle Gauleiter mit beratender Stimme teilnehmen, oder alle anwesenden Gauleiter als Delegierte gewählt sein müssen.

Zu Punkt 6.

98. Hannover. Die Abrechnungen für Haupt- und Ortskasse müssen monatlich erfolgen.
99. Es müssen mindestens alle drei Monate genaue Unkostenberechnungen der Gau unter Mittelbeziehung der auf den Gau entfallenden Unkostenanteile der Hauptkasse den Gauvorständen zugänglich gemacht werden.
100. Die Verhandlungen mit dem Gemeindearbeiterversband zwecks Überführung aller in gärtnerischen Betrieben der Staaten und Gemeinden Beschäftigten sind wieder aufzunehmen und die Verhandlungen unter Zuziehung eines Beirates aus den Kreisen der Mitglieder zu führen.

101. Es sind genaue Ermittlungen zunächst über die Art und Zahl der von unseren Kollegen mitverwalteten Arbeitsnachweise oder Fachabteilungen bei den Zentralarbeitsnachweisen zu erheben, ebenso ob bei allen Zentralarbeitsnachweisen Gruppen für Gärtnerei und Landwirtschaft bestehen, und welche Vertretung wir dort haben.

102. Die G.-V. wolle beschließen, der Hauptvorstand wird verpflichtet, sich sofort mit dem Hauptvorstand des A. D. G. B. in Verbindung zu setzen und geeignete Schritte zu tun, damit bei der Regelung der Erwerbslosenunterstützung die saisonweise Erwerbslosen, — wie z. B. die Beschäftigten der Landschaftsgärtnerei, die sowohl im Sommer wie auch im Winter erwerbslos sind, — besonders berücksichtigt werden.

103. Bark, Gau Hannover. Nur Gärtner oder Personen, welche im Gärtnerberuf arbeiten, als Delegierte zur G.-V. zu wählen, aber keine Angestellte. Letztere sind bei Abstimmungen nicht zuzulassen, sondern haben nur an den Beratungen teilzunehmen. Dasselbe gilt auch für den Hauptvorstand und alle nicht im Beruf Arbeitenden.

Arbeitskämpfe und Tarife.

Hannover. Erwerbsgärtnerei. Die andauernde Teuerung veranlaßte uns, den Lohn tarif zum 1. Juni zu kündigen. Infolge des Verhaltens der Unternehmer kam keine Verhandlung zustande. Wir mußten daher den Schlichtungsausschuß anrufen. Dort kam es zu folgendem Vergleich: Die Lohnsätze vom 24. 3. werden erhöht: a) in der Landschafts-, Friedhofs-, Baumschul- und Privatgärtnerei um 30 Pfg., b) in den Topfpflanzengärtnereien um 20 Pfg. die Stunde, und zwar vom 1. Juni bis 1. Juli 1920. Von diesem Tage ist Vertragsfreiheit. Wir werden nun dafür zu sorgen haben, daß diese paar Pfennige zur Auszahlung kommen, denn die Unternehmer scheinen sich keine große Mühe darum zu geben. Für die Lohnregelung ab 1. Juli haben wir neue Vorschläge eingereicht. Auch hier wird aller Voraussicht nach der Schlichtungsausschuß entscheiden müssen.

Reimbek. Tarifvertrag mit den Landschaftsgärtnereien und Gartenbesitzern. Löhne: Gehilfen unter 20 Jahre 3,60 Mk., darüber 3,80 Mk., Arbeiter unter 18 Jahre 3 Mk., darüber 3,40 Mk., Frauen 2,25 Mk. Leitende Kräfte erhalten einen Zuschlag von 10 %. Überstunden werden mit 25 %, Sonntagsarbeit mit 50 % Aufschlag vergütet. Für Wasserarbeiten usw. sind 40 Pfg. die Stunde mehr zu zahlen. Nicht vollwertige Arbeitskräfte unterliegen der freien Vereinbarung. Lehrlinge bekommen im ersten Jahre 30 Pfg., im zweiten 80 Pfg. und im dritten 1,50 Mk. die Std.

Privatgärtnerei

Die Christen und der Privatgärtnerverband.

Mit dem 1. Juni hat bekanntlich die Auflösung des V. D. P. eingesetzt und heute schon läßt sich erfreulicherweise erkennen, daß der weitaus größte Teil der Kollegen dem Rufe der in Magdeburg neugewählten Leitung Folge leistet und sich in der neuerrichteten Privatgärtnervereinigung im Verbande der Gärtner zusammenfindet.

Kollegen! Jetzt ist die Bahn frei, ein wirklicher Stützpunkt gefunden!

Werbt und arbeitet für den Verband, damit dieser auch für euch arbeiten kann.

Mit frischem Mut ans neue Werk! Einer für alle und alle für einen!

Daß ihr auf dem richtigen Wege seid, beweist ein Artikel in der letzten Nummer der christlichen Gärtnerzeitung, auf den näher einzugehen sich zwar erübrigt, weil er nur allgemein Bekanntes bringt und in der bei jener Redaktion so beliebten überhebenden Tonart geschrieben ist, die wir bei ihr und dem ganzen reaktionären Verbänden zur genüge kennen. Aber ein paar Worte seien doch herausgegriffen.

Die neue Leitung des V. D. P. soll es nämlich nicht verstanden haben, den Befähigungsnachweis zu erbringen.

Ganz abgesehen davon, daß die christlichen Maulaufreißer früher selbst an führender Stelle des V. D. P. standen und weder dort noch in ihrer neuen Vereinigung etwas Positives geleistet haben, sollten doch gerade sie nach ihren traurigen Heldentaten der letzten Monate etwas vorsichtiger mit solchen Schmutzereien sein, um nicht ihr eigenes Nest zu verunreinigen.

Ist es nicht anerkennenswert genug, daß die neue Leitung es in kaum 6 Wochen fertig brachte, die aufgespeicherte Arbeit von Monaten zu sichten und zu bewältigen, die Verschleierung der Finanzlage und der Mitgliederzahl aufzudecken, daraus pflichtgemäß die Konsequenzen zu ziehen und den einzig möglichen Weg zu zeigen, um den Kollegen ihre Rechte zu wahren?

Ist das kein Befähigungsnachweis? Jedenfalls haben wir mehr Mut gezeigt, als die eingeweihten Kenner im christlichen Lager, die sich den finanziellen Folgen ihrer glorreichen Führung

durch eine Flucht entzogen, die mit etwas Theaterdonner und Phrasengeklänge noch zu einer Bekennterart für Weltanschauung und Religion umgestempelt wurde.

Doch lassen wir das! Wie sieht es aber in Wirklichkeit mit der in einem Anfall von Größenwahn behaupteten starken Abwanderung nach der christlichen Vereinigung aus? Sie beträgt im günstigsten Falle etwa 700, während die neue Leitung des V. D. P. bereits in Magdeburg mit einer Verlustziffer von rund 1500 Mitgliedern rechnete, die auch durch die Zahl der sich lokalisierenden und nirgends organisierten Kollegen noch nicht erreicht wird.

Vor der Entlastung des alten Vorstandes auf der Generalversammlung lobten ihn die, die ihn heute verleugnen und jetzt trübt man wie der Tintenfisch das Wasser, um dann umso besser darin fischen zu können.

Ist das wahres Christentum? -

W. Gollisch.

Nachschrift der Schriftleitung. Trotz chronischen Papiermangel hielten wir es in diesem Falle für unsere journalistische Pflicht, eine Klarstellung jener plumpen Anrempelung zu bringen. Im übrigen bitten wir den Einsender, die Sache nicht allzu tragisch zu nehmen, sonst fühlen sich diese kleinen Gernegröße obendrein noch geschmeichelt und glauben schließlich selbst noch, was sie verzapfen!

Wenn wir aber alle uns eingesandten Beweise christlicher Wahrheitsliebe und Moraiphilosophie veröffentlichen wollten, würden unsere Spalten nicht ausreichen. Wir beschränken uns deshalb in toleranter Weise immer nur auf die Festnagelung allzu hahnebüchener Verdrehungen und Aufschneidereien, sowie auf die auszugswise Wiedergabe ganz besonders erleuchteter Geistesblitze über die unüberbrückbare Kluft zwischen Christentum und Sozialismus, die in der Tat nur dadurch entstanden ist, daß die Vertreter des Ersteren sich von den wahren Heilslehren ihres Herrn und Meisters derart entfernt haben, daß sie nur noch den Namen mißbrauchen.

Durch diese Taktik beschränken wir unseren Kollegen von der einzig bürgerlichen und in Klammer nationalen Gärtnerorganisation die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit mit fremden Federn zu schmücken, was sie in ihrer aufdringlichen Eitelkeit und Selbstüberschätzung so gerne tun. Mit ihrer Sozialistentötereie sind wir dagegen recht zufrieden, weil sie dadurch gerade in letzter Zeit recht viele Kollegen zum Nachdenken und anschließend zum Übertritt in unseren Verband angeregt haben.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet scheint uns aus dem bewußten Artikel eine gewisse Verärgerung darüber herauszuklingen, daß sie nicht selbst den letzten Bissen wegschnappen konnten, so wie sie es sich bei der von ihnen inszenierten Spalterei ausgemalt hatten. Sie brauchen nämlich dringend zahlende Mitglieder, während wir es als unsere Hauptaufgabe betrachten, für die Privatgärtner auch wirklich etwas zu tun. Dieses Bemühen werden wir erst dann aufgeben, wenn es den Herren Hülser und Prinz gelungen ist, mit Hilfe der dort organisierten Kollegen die bedrohten Millionäre vor der Sozialisierung zu schützen und sie dadurch so zu stärken, daß sie ihre Privatgärtner ganz von selbst fürstlich entlohnen, damit sie trotz Bügelfalte nicht mehr zu hungern brauchen.

Zu einer Erwiderung auf die gehässigen Angriffe wäre jedes Wort zu schade, denn sie zeugen entweder von einer großen Dummheit in Verwaltungsfragen oder von einer widerwärtigen Schmierigkeit gemäß dem Sprichwort: Der Zweck heiligt die Mittel. Vielleicht gehört der Verfasser zu jenen Heilsaposteln, die heute so oft aus einem Trümmerhaufen ein Paradies zu machen versprechen, oder er hat es nötig, seine bisher unerkannt gebliebenen Fähigkeiten einer stauenden Mitwelt in Buntfeuer zu zeigen.

W. R.

Ein Leuteschinder.

Als solchen kann man wohl ohne weiteres den Schloßgärtner Großpietsch in Giersdorf (Schl.) bezeichnen. 12 Stunden den Tag müssen Gehilfen und Lehrlinge arbeiten, dafür wird ein Gehalt von 50 und 60 Mk. monatlich bei freier Station gezahlt. Aber auch sogenannte „Überstunden“ müssen noch geleistet werden und werden mit 50 Pfg. entlohnt. „Wenn etwa einer vom Verbande kommt, der fliegt achtkantig hinaus“, dies eine charakteristische Äußerung Großpietschs. Na, dem Biedermann soll bald geholfen werden.

A. Vollbrecht, Breslau.

Friedhofsbetriebe

Braunschweig. Der Schlichtungsausschuß fällt am 25. Mai folgenden Schiedsspruch: Mit Rückwirkung ab 1. April d. J. sind an Stundenlöhnen zu zahlen: Reviergärtner 3,85 Mk., Handwerker 3,85 Mk., Gärtnergehilfen und Arbeiter 3,30 Mk., Arbeiterinnen 1,75 Mk. Obwohl uns der Schiedsspruch keineswegs befriedigte, nahmen wir ihn an. Auch der Friedhofsausschuß erklärte sich damit einverstanden. Er beabsichtigt aber, im Herbst

einen Teil des Betriebes einzustellen, und hat bereits dem Betriebsrat die genossenschaftliche Übernahme der Grabpflege angeboten. Die besseren Einnahmequellen will er natürlich behalten. Dieser plumpe Versuch, die Arbeiterschaft vor neuen Lohnforderungen abzuschrecken, wird natürlich seinen Zweck verfehlen.

Berichte

Der Unparteiische.

In Breslau sollte von dem besonders eingesetzten Schlichtungsausschuß unter dem „unparteiischen“ Vorsitzenden, Regierungsrat Motz, ein Landestarif für die Gärtnereien und Baumschulen Schlesiens abgeschlossen werden. Wir forderten die in Dresden schon längst bezahlten Löhne: für Gärtner 2,10—3 Mk. Während protestierten die Arbeitgeber mit dem Bemerkten, in Schlesien sei doch alles billiger. Man konnte sich nicht einigen, auch die Beisitzer nicht, und so fällt denn der Herr Regierungsrat einen Schiedsspruch, dem man es aber deutlich anmerkte, daß der Unparteiische sich die Auffassung der Arbeitgeber von dem „billigen Schlesien“ voll und ganz zu eigen gemacht hatte, denn es wurden uns statt 2,10—3 Mk. Stundenlohn nur 1,50 bis 2,50 Mk. zugebilligt. Im Dresdner Tarif wird den Arbeitgebern für Beköstigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung pro Woche 45 Mk. gewährt. Der Breslauer Regierungsrat aber sprach den schlesischen Krautern für Beköstigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung pro Woche 48 Mk. zu und außerdem müssen die Gehilfen dafür noch jeden zweiten Sonntag umsonst Dienst tun. Man kann also pro Woche gut 55 Mk. Entschädigung für Kost und Wohnung rechnen und das alles, weiß's in Schlesien billiger ist wie in Sachsen. Es geht doch nichts über so einen famosen „Unparteiischen“.

Schade, daß die schlesischen Handelsgärtner und Baumschulbesitzer keine Medaillen verleihen können, aber vielleicht ernennen sie Herrn Motz zum Ehrenmitgliede.

August Vollbrecht, Breslau.

Rundschau

Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen.

Die Verordnung vom 17. Juni 1919 ist vor kurzem bis zum 1. Januar 1921 verlängert und durch einige neue Bestimmungen ergänzt worden.

Änderung des Gewerbegerichtsgesetzes.

Durch Verordnung vom 12. Mai ist die Zuständigkeit der Gewerbegericht auf Beträge bis zu 15.000 Mk. erhöht worden. Ebenso ist die Gehaltsgrenze für Streitfälle vor dem Kaufmannsgericht in der gleichen Höhe festgesetzt worden. Das Gleiche gilt von der Berufungsmöglichkeit, die auf 1000 Mk. erhöht ist, ferner sind die Wahlbestimmungen für die politischen Wahlen heute geltenden Grundsätzen der Verhältniswahl angepaßt worden.

Ärzte und Krankenkassen.

Nach langen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist es gelungen, die schon seit geraumer Zeit schwebenden Differenzen zwischen Ärzten und Krankenkassen zu beheben.

Bekanntmachungen

Gaue und Ortsverwaltungen

Charlottenburg. Sonnabend, den 24. Juli 1920, Sommerfest des Bezirks in den Sälen der „Neuen Welt“, Spandau (Straßenbahn R und P). Anfang 7 Uhr, Ende morgens. Arbeitslose Kollegen des Bezirks haben freien Eintritt.

Karlsruhe. Da sehr viele Unternehmer nach einer bestimmten Methode die Bestimmungen der abgeschlossenen Tarifverträge unbeachtet lassen, ersuchen wir unsere Kollegen in allen Orten, auf die Einhaltung der Bestimmungen, vor allem die der gesetzlichen Arbeitszeit, zu achten. Wo dies nicht geschieht, ist sofort dem Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe Anzeige zu erstatten, die auch wiederholt werden kann.

Schönebeck (Elbe). Vorsitzender: Friedrich Ließ, Schönebeck, Steinstr. 43; Kassierer: Walter Lange, Gr.-Salze, Boeltzigstr. 4.

Sterbetafel.

Am 15. Juni verschied im Alter von 57 Jahren das Mitglied der Verwaltung Berlin, Bez. Weißensee, **Aug. Lemke.**
Ehre seinem Andenken!